

## 5. Demokratie-Kongress

SCHRUMPFT DIE DEMOKRATIE? WIE DER DEMOGRAFISCHE WANDEL UNSERE ZUKUNFT VERÄNDERT

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor 17 Jahren wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache, die ja immer das Wort des Jahres wählt, das Wort Reformstau zu dem Wort des Jahres. Wahrscheinlich bezog sich das auf die Politik, die in diesem Raum stattfand, der Umzug war glaube ich noch nicht ganz vollzogen, aber dazu äußere ich mich in Bonn lieber nicht. Es galt als Beschreibung für die fehlende Veränderungs- und Modernisierungsfähigkeit der Politik.

Heute, 17 Jahre später, ist die politische Konstellation natürlich eine andere. Die Sorge vor einem Reformstau ist trotzdem wieder aktuell, insbesondere im Hinblick auf die Demografie. Die Stichworte sind klar: Altbundespräsident Roman Herzog prägte den Begriff von der „Rentnerrepublik“. Der Chef des IFO, Hans-Werner Sinn, warnte vor einer „Diktatur der Alten“. Und in der Online-Ausgabe der Welt konnte man am vergangenen Dienstag von einer „Raffgierherrschaft der Alten“ lesen.

Wenn ich diese Rhetorik betrachte, mit der ein möglicher Konflikt zwischen Generationen herbeigeredet wird, empfinde ich einiges davon als taktlos, anderes als grenzwertig und vieles als übertrieben. Es gut, dass wir heute über dieses Thema ins Gespräch kommen und nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Rente, sondern unter dem Gesichtspunkt der Demokratie. Ich will mich dieser Frage unter drei Gesichtspunkten nähern.

Erstens: Der politischen Mehrheiten.

Zweitens: Der politischen Parteien.

Und Drittens: Der digitalen Medien.

### Die politischen Mehrheiten

Zum ersten Punkt: Welche Auswirkungen hat die Demografie auf politische Mehrheiten? Die Politikwissenschaft nennt vor allen Dingen zwei Faktoren, die die politische Einstellung eines Menschen beeinflussen.

Erstens: Die politische Sozialisation, den sogenannten Kohorteneffekt. Sie wird geprägt durch das Elternhaus, den Freundeskreis und das soziale Umfeld. Oft werden im Alter zwischen 15 und 30 die Weichen für politische Präferenzen gestellt, die man bis ins hohe Alter behält. Fragen Sie sich selbst, ob das so ist.

Zweitens: Das eigene Interesse, der Self-Interest-Ansatz. Politische Positionen werden von den Menschen daraufhin überprüft, ob sie für die eigenen Belange förderlich oder hinderlich sind. Einigkeit besteht in der Wissenschaft aber auch darüber, dass neben diesen ganz persönlichen Interessen auch die eigenen Umfelds berücksichtigt werden. Besonders wichtig ist dabei der familiäre Hintergrund, Herr Mayer hat es im anderen Zusammenhang schon erwähnt. Ein 70jähriger kann und wird sich daher ebenso für Kindergartenplätze oder Schulpolitik interessieren, wie ein 30jähriger. Entscheidend ist, ob Fragen der Jugend im eigenen Leben eine Rolle spielen. Kinder und Enkel prägen damit maßgeblich das Verständnis und das Interesse für politische Themen. Meine These ist: „Großeltern wählen Zukunft. Kinderlose eher nicht.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. THOMAS DE MAIZIÈRE

21. November 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/demokratiekongress](http://www.kas.de/demokratiekongress)

An welcher Stelle wird nun das Alter zu einem entscheidenden Faktor in unserer Demokratie? Die Antwort lautet: Hauptsächlich wenn es um die Einstellung zum Wählen selbst geht. Bei den Älteren scheint das Wahlrecht, das ist möglicherweise schon historisch bedingt, einen höheren Stellenwert zu genießen als bei jüngeren Menschen. Die Wahlbeteiligung der Wähler ab 50, bei Bundestagswahlen, nicht bei Kommunal- oder Landtagswahlen, liegt konstant bei etwa 75%. Dies sieht bei jüngeren Menschen ganz anders aus. 4 von 10 Jugendlichen im Alter von 21 bis 25 Jahren blieben der Bundestagswahl 2013 fern, in den ostdeutschen Bundesländern sogar fast 5 von 10. Haben im Jahr 1980 noch rund 80% der jungen Leute den Deutschen Bundestag gewählt, so sind es heute nur noch rund 60%. Und bei den Landtags- und Kommunalwahlen ist es noch viel schlechter.

Damit liegt die Wahlbeteiligung dieser Gruppe deutlich unter dem Durchschnitt, selbst wenn man den allgemeinen Rückgang der Wahlbeteiligung bedenkt. Die politischen Mehrheiten in einer alternden Gesellschaft sind damit nicht nur von der abstrakten zahlenmäßigen Überlegenheit der Älteren geprägt, sondern erstens von der Anzahl der Senioren mit eigenen Kindern, Enkelkinder und zweitens von der Wahlbeteiligung der Jüngeren. Wenn sich also die jüngere Generation über die Demografie empört, Rentenentscheidungen und ähnliches, dann sollte sie eigentlich mehr zur Wahl gehen.

Interessant ist, dass in den Umfragen etwa zu der umstrittenen Rente mit 63, also nach 45 Beitragsjahren, die Zustimmung bei Jungen exakt oder fast genauso groß ist wie bei den Älteren. Obwohl die Jungen sagen, es wird uns möglicherweise belasten. Trotzdem finden sie es richtig. Auch da ist möglicherweise der generative Blick auf die Älteren entscheidend. Sie haben selber Großeltern, die vielleicht nicht mehr ganz so fit sind und sagen: „Na ja, der könnte vielleicht in Rente gehen“.

Ehrlich gesagt, bin ich ohnehin gegen das Kinderwahlrecht aus vielerlei verfassungsrechtlichen Gründen bis hin zu der Frage,

wer eigentlich bei geschiedenen Eltern bei unterschiedlichen Sorgerechtsfragen dann entscheidet, wie das Stimmrecht aussieht. Da gibt es viele praktische Fragen. Aber ich muss sagen: Solange Jugendliche selbst von ihrem Wahlrecht unterdurchschnittlich Gebrauch machen, bin ich weit weg von der Unterstützung eines Kinderwahlrechts.

Ich will einen weiteren Aspekt nennen, von dem ich meine, dass er die politischen Mehrheiten, auch und gerade im Licht des demografischen Wandels beeinflussen wird: Migration und Zuwanderung. „Migration und demografischer Wandel“ ist dabei ein ähnliches Wortpaar wie „Demokratie und Demografie“. Beide Begriffe gehören auf eine Art zusammen, aber in der Öffentlichkeit werden sie noch zu sehr isoliert voneinander diskutiert. Rein statistisch gesehen steht ein hoher Ausländeranteil in einer Region für eine junge Bevölkerung. Und statistisch gesehen steht ein geringer Ausländeranteil für eine ältere Bevölkerung.

Die nach Deutschland kommenden Zuwanderer sind in der Regel signifikant jünger als die bereits hier lebenden Bürgerinnen und Bürger. Das ist jetzt keine neue Erkenntnis. Interessant ist aber etwas anderes, nämlich dass die Zuwanderung vor allem in Regionen stattfindet, mit einer dichten Infrastruktur und einem vielfältigen Arbeitsplatzangebot. Auch das ist sozusagen nicht überraschend, hat aber Auswirkungen. Dort, wo bereits heute die Bevölkerungszahl sinkt und das Durchschnittsalter rapide steigt, zieht es auch junge Migranten nicht hin. Auch die Daten des Mikrozensus zeigen, dass der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im ländlichen Raum weiter abgenommen hat, während er in Ballungszentren zunimmt. Das Problem des demografischen Wandels und der Schwächung des ländlichen Raums werden wir jedenfalls mit den bisherigen Methoden der Zuwanderung allein nicht lösen können. Es wird sogar eher verschärft.

#### Die politischen Parteien

Nun der zweite Punkt: Welche Bedeutung hat die Demografie für die Parteien? Die älteren Wähler geben nicht nur überproporti-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. THOMAS DE MAIZIÈRE

21. November 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/demokratiekongress](http://www.kas.de/demokratiekongress)

onal häufig ihre Stimme ab, sondern auch überproportional häufig für die CDU / CSU, während jüngere die Grünen oder die SPD präferieren. Mit einem dicken Daumen gerechnet. Bei den ganz jungen kippt es im Übrigen gerade wieder ein bisschen, aber das soll hier nicht Thema sein. Das führt einige zu der Vermutung, dass die Union der politische Profiteur der älteren Gesellschaft sein wird. Der Blick zurück zeigt, das muss nicht so sein. Noch in den 50er Jahren wählten die deutschen Senioren überdurchschnittlich häufig sozialdemokratisch. Der Grund für diese Änderung in der heutigen Zeit liegt nach Ansicht einiger Beobachter und Gesellschaftsforscher nicht an einem in den vergangenen Jahren plötzlich einsetzenden Konservatismus der Älteren, sondern in der frühen politischen Sozialisation vieler heutiger Senioren zur Zeit Konrad Adenauers. Wenn die These stimmt, dass man einen nicht unerheblichen Teil seiner politischen Meinung sozusagen ins Alter hochführt spricht einiges dafür, dass die Union einen Teil ihres vermeintlich demografischen Vorteils verliert, wenn die Generation Willy Brandt oder die 68er Generation in Rente geht. .

Wir beobachten bereits jetzt, dass auch die traditionellen Wählergruppen der Parteien stärker in Bewegung kommen werden, darauf sollten wir uns weiterhin einstellen. Was für die Gesellschaft gilt, gilt auch für das Parteienpersonal. Herr Mayer hat es eben an die Wand geworfen. Mehr als die Hälfte der Mitglieder der CDU sind über 60 Jahre alt, mehr als die Hälfte! Genauso ist es aber auch bei der SPD. Und bei den Grünen erleben wir interessanter Weise, wenn man so will, einen kollektiven Vergreisungsprozess, insbesondere auch beim politischen Führungspersonal. Ganz wenig junge Leute, viel weniger als bei Union und SPD kommen bei den Grünen nach.

Was wir hier diskutieren, betrifft also die beiden großen Parteien gleichermaßen. Der Ruf nach jungen Leuten in den Parteien ist nicht neu. Man kann auch keinen jungen Menschen zwingen, sich parteipolitisch zu engagieren. Und Ihnen will ich sagen, es war selten so, dass die alten freiwillig Platz gemacht haben. Es war meistens so, dass

die Jüngeren die Älteren verdrängt haben. Also warten Sie nicht, sondern kämpfen Sie um Ihre Position. Ich meine, der junge Helmut Kohl, was hat er mit Peter Altmeier gemacht und mit seiner Generation, das war alles nicht so freiwillig.

Sieht man genauer hin, zeigt sich, junge Menschen interessieren sich heute nicht gravierend weniger für Politik als vor 30 Jahren, nur die Formen des Umgangs haben sich ein bisschen gewandelt. Politische Nachrichten erhält man heutzutage in dieser Altersgruppe nicht mehr von Klaus Kleber und Gundula Gause, sondern von einem Freund, der einem einen Link zu Spiegel-Online, einem Bild oder YouTube Video mitteilt, und zwar rund um die Uhr. Ich denke, die große Herausforderung für die Parteien wird weniger die Anpassung ihrer politischen Inhalte an die demografische Entwicklung sein, als vielmehr die Anpassung der eigenen Kommunikationskanäle an die Bedürfnisse der Bevölkerung und insbesondere der Jüngeren.

Nun weiß ich auch, Politik und Social Media, da wirkt ehrlich gesagt manches peinlich und gewollt. Ich halte es nicht für einen demokratischen Fortschritt, wenn Politiker per Twitter mitteilen, dass sie aus einer Sitzung kommen, die Sitzung war anstrengend, sie seien jetzt müde. Das ist eher Öffentlichkeitsbelästigung. Trotzdem meine ich, dass eine gute und echte Botschaft immer noch die beste Werbung für einen Politiker ist, auch online. Wenn sich ein junger Mensch dafür interessiert, was ein Politiker oder eine Partei erreichen will, ruft er oder sie nicht im Bürgerbüro an oder in der Parteigeschäftsstelle oder bestellt ein Wahlprogramm oder ein Grundsatzprogramm. Er gibt den Namen des Politikers oder der Partei bei Google ein und betrachtet dann das persönliche, aber auch das inhaltliche Angebot des Politikers oder der Partei.

Ein Beispiel, wie man auch parteiübergreifend junge Menschen mit politischen Inhalten erreichen kann, ist der Wahl-O-Mat der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Wahl-O-Mat richtet sich vor allem an Jungwähler. So wurde der Fragenkatalog für die Bundestagswahl von 25 Redakteuren im AI-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. THOMAS DE MAIZIÈRE

21. November 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/demokratiekongress](http://www.kas.de/demokratiekongress)

ter von 18 bis 26 Jahren aus allen Teilen der Bundesrepublik Deutschland entwickelt. Allein zur Bundestagswahl wurde dieses Tool über 13 Mio. Mal genutzt. Die Parteien würden sich selig schätzen, wenn ihre Parteiprogramme in dieser Weise unter das Volk geworfen und genutzt würden. Sicher, auch bei den Älteren ist der Wahl-O-Mat beliebter geworden. Wichtig bleibt, dass bei der Konzeption die Interessen der Jüngeren weiter in dem Fokus stehen und es zeigt übrigens auch, wie hoch die Manipulationsgefahr mit solchen Wahl-O-Maten ist, denn der Wahl-O-Mat ist ja nicht nur eine Information und ein Abrufen der eigenen Meinung, sondern auch eine Orientierung über das, was man eigentlich wählen kann.

### Die digitalen Medien

Dritter und letzter Punkt, ich habe ihn schon angesprochen: Digitalisierung.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat im Januar dieses Jahres eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Handlungsauftrag Demografie“ durchgeführt. Ein Beitrag dazu hieß ziemlich brutal „Stadt, Land, Flucht“. Er behandelt die Auswirkungen der Demografie auf die Einwohnerstruktur im ländlichen Raum. Ich stelle die Frage, wie wir die Verfügbarkeit von Verwaltung und Teilhabe an demografischen Prozessen auch in die Teile unseres Landes bringen können, die unter einer starken Abwanderung jüngerer Menschen leiden. Wo der Altersdurchschnitt hoch, die Mobilität eingeschränkt ist, wo der Besuch des kommunalen Bürgeramts oder des städtischen Parlaments einen Tagesausflug darstellt und wo deren Öffnungszeiten sich nicht mit den örtlichen Busfahrplan vertragen.

Das zu ermöglichen, gehört aber zu einer funktionierenden Demokratie und da bietet die Digitalisierung eine wirklich große Chance im Bereich elektronischer Verwaltung und im Bereich elektronischer Demokratie oder, der Ausdruck gefällt mir nicht besonders gut, Demokratie unter Beteiligung von digitalen Instrumenten.

Die Frage, wie das gelingt, entscheidet massiv über den Erfolg des Lebens im länd-

lichen Raum. Bevor jetzt die Älteren sagen, das ist nichts mehr für mich, will ich sagen, dass der Anstieg der Internetnutzung bei der älteren Generation der größte Anstieg von allen ist. Die Nutzung digitaler Medien bei den Älteren über 60 ist zwar noch unterdurchschnittlich, aber die Steigerungsraten sind gigantisch. Und fragen Sie sich selbst, wie Sie mit Ihren Kindern oder Enkeln über Skype und WhatsApp und ich weiß nicht was sonst noch kommunizieren, da gibt es so viel Nähe zwischen Garmisch-Patenkirchen und Kiel wie nie zuvor.

Bürgersprechstunde via Internet. Elektronische Akteneinsicht. Der Verzicht auf persönliche Vorsprache mit Nutzung der digitalen Medien. Natürlich ist es eigentlich ein Klacks, ein Auto digital und elektronisch umzumelden und eine Kfz-Nummer zu bekommen. Das ist einer der häufigsten Bürgerkontakte überhaupt mit der Verwaltung. Jetzt wird oft von der Verwaltung vorgetragen: „Na ja, aber die Sicherheit“. Viele von Ihnen, die ein Auto gekauft haben, haben vielleicht auch das nicht selber gemacht, sondern der Händler hat gesagt: „Wissen sie was, das erledige ich für Sie“. Und die, die das für Sie erledigen, sind auch nicht immer die Zuverlässigsten in unserer Gesellschaft. Das Sicherheitsargument nicht also gilt, weil es jede Menge Möglichkeiten gibt, sich sicher im Internet ausweisen zu können, ob mit dem digitalen elektronischen Personalausweis oder etwas anderem.

Die technische Infrastruktur dafür ist sehr zersplittert. Was würde es aber für einen Segen bringen, wenn Menschen, die nicht mehr gut laufen, aber gut fahren können, ihr Auto digital ummelden könnten. Oder, noch etwas wichtiger, der Personalausweis. Wenn es Tiefkühlfirmen gelingt, in jedes Dorf, in jeden Ort der Welt eine tiefgekühlte Pizza zu bringen, und das können die, dann kann es nicht so schwer für eine kommunale Verwaltung sein, einen beantragten Personalausweis auch auszuliefern. Es gibt noch viele andere Beispiele: Abgabe von Baugenehmigungen usw., ich will sagen, in der Digitalisierung liegt für die Erreichbarkeit, gerade von älteren Menschen, für Verwaltung und Demokratie eine Chance, wie

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BONN

DR. THOMAS DE MAIZIÈRE

21. November 2014

[www.kas.de](http://www.kas.de)

[www.kas.de/demokratiekongress](http://www.kas.de/demokratiekongress)

nie zuvor. Man muss sie nur vernünftig nutzen.

Meine Damen und Herren, natürlich kann man auch Stadtratssitzungen live im Internet übertragen, wenn es ein großes stadtpolitisches Thema gibt, Bau einer Müllverbrennungsanlage, Bau einer Umgehungsstraße. Es kostet heute einen Klacks, das per Stream im Internet zu übertragen. In der Zeitung kann stehen „Dann und dann wird die Gemeinderatssitzung übertragen“, schon nehmen ältere Menschen an Demokratie ganz anders Teil als heute. Da liegt eine wirkliche Chance.

Natürlich ist da auch nicht alles Gold was glänzt. Was ich zum Beispiel beklage, ist der Verlust an politischer Kultur im Blick auf den Sprachgebrauch, auf die Ruppigkeit, auf die Rotzigkeit der Sprache im Internet. Die Zeitungen haben früher Leserbriefe, die anonym waren, gar nicht abgedruckt. Heute werden Kommentare in einer Sprache verfasst, die ich jedenfalls nicht für einen politischen Fortschritt halte. Warum? Weil es eine Anonymität in dieser Art gibt, so dass nicht jede Beteiligung dort auch repräsentativ ist oder auch in besonderer Weise sprachmächtig im guten Sinne.

Und es kommt hinzu, wie viele Studien zeigen, dass die Anzahl derer, die sich an diesen Debatten im Internet beteiligen, insgesamt gar nicht so groß ist. Sie hören dann von 10.000, 20.000 Klicks, „I like it“, und allen möglichen Beteiligungen. Wenn man genauer hinsieht, das zeigen auch einige Studien, sind es mehr oder weniger immer die gleichen 10.000 oder die immer gleichen 10.000, 20.000, 30.000. Die Gesamtsumme der Community im Internet, die diese Fragen diskutiert, ist insgesamt gar nicht groß. Sie ist beachtlich, sie ist größer als viele Bürgerinitiativen, die wir kennen, ist auch kreativ und mit großem Effekt, wenn man mal an die Bürgerinitiative gegen TTIP usw. denkt. Ich sehe alles in allem in dieser Form von Beteiligung an Demokratie auch eher einen Fortschritt als einen Rückschritt, aber man darf die Repräsentanz dieser gewaltigen Öffentlichkeit für die Gesamtbevölkerung nicht überschätzen.

Meine Damen und Herren, ich will mich als Letztes noch einmal an Sie wenden, ich übertreibe jetzt etwas, aber Sie verhalten sich teilweise anders als Sie das beklagt haben. Das Argument, wir haben zu wenig Zeit, kann ich nicht akzeptieren. Ein Jugendlicher bis 21 hat heute ca. 250.000 SMS und E-Mails geschickt und bearbeitet. Das ist okay. Die Differenz zwischen 100.000 und 250.000 würde ziemlich viel Zeit für Engagement bringen.

Außerdem haben die Älteren immer gesagt, die Jungen verplempern die Zeit und immer haben die Jüngeren gesagt, wir wissen mit unserer Zeit am besten etwas anzufangen. Und rumzuhängen und Musik zu hören, die die Alten schrecklich fanden, war immer schon ein Generationenkonflikt. Das wird immer so bleiben.

Auch die Doppel- und Dreifachbelastung zwischen Engagement, Beruf, Karriere und Familiengründung ist historisch gesehen nicht neu. Und ich sage es noch mal abgewandelt von dem, was ich in der Politik gesagt habe: Warten Sie nicht darauf als junge Generation, dass die ältere sich ändert, bis Sie etwas erreichen. Das wird nicht geschehen. Machen Sie uns Feuer unterm Hintern und versuchen Sie, gegen uns die gesellschaftlichen Verhältnisse zu verändern. Anders wird es nicht gelingen. Warten Sie nicht darauf, dass Rahmenbedingungen für politisches Engagement von uns für Sie besser gemacht werden. Das wird nicht geschehen. Gestalten Sie die Rahmenbedingungen so, wie Sie es für richtig halten, auch gegen unseren Widerspruch. So entsteht ein fruchtbarer demokratischer Generationenkonflikt, den jede Gesellschaft braucht.

Vielen Dank.